

Wagner, Gert G.

Working Paper

Eine "Ethik der Politikberatung" gehört zur Forschungsethik

RatSWD Working Paper, No. 269

Provided in Cooperation with:

German Data Forum (RatSWD)

Suggested Citation: Wagner, Gert G. (2019) : Eine "Ethik der Politikberatung" gehört zur
Forschungsethik, RatSWD Working Paper, No. 269, Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD),
Berlin,
<https://doi.org/10.17620/02671.45>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/209638>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen
Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle
Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich
machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen
(insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten,
gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort
genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal
and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to
exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the
internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content
Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise
further usage rights as specified in the indicated licence.*

269

Eine „Ethik der Politik- beratung“ gehört zur Forschungsethik

Gert G. Wagner

Dezember 2019

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Working Paper Series des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD)

Die *RatSWD Working Papers* Reihe startete Ende 2007. Seit 2009 werden in dieser Publikationsreihe nur noch konzeptionelle und historische Arbeiten, die sich mit der Gestaltung der statistischen Infrastruktur und der Forschungsinfrastruktur in den Sozial-, Verhaltens- und Wirtschaftswissenschaften beschäftigen, publiziert. Dies sind insbesondere Papiere zur Gestaltung der Amtlichen Statistik, der Ressortforschung und der akademisch getragenen Forschungsinfrastruktur sowie Beiträge, die Arbeit des RatSWD selbst betreffend. Auch Papiere, die sich auf die oben genannten Bereiche außerhalb Deutschlands und auf supranationale Aspekte beziehen, sind besonders willkommen.

RatSWD Working Papers sind nicht-exklusiv, d. h. einer Veröffentlichung an anderen Orten steht nichts im Wege. Alle Arbeiten können und sollen auch in fachlich, institutionell und örtlich spezialisierten Reihen erscheinen. Die *RatSWD Working Papers* können nicht über den Buchhandel, sondern nur online über den RatSWD bezogen werden.

Um nicht deutsch sprechenden Nutzer/innen die Arbeit mit der Reihe zu erleichtern, sind auf den englischen Internetseiten der *RatSWD Working Papers* nur die englischsprachigen Papers zu finden, auf den deutschen Seiten werden alle Nummern der Reihe chronologisch geordnet aufgelistet.

Einige ursprünglich in der *RatSWD Working Papers* Reihe erschienenen empirischen Forschungsarbeiten sind ab 2009 in der RatSWD Research Notes Reihe zu finden.

Die Inhalte der *RatSWD Working Papers* stellen ausdrücklich die Meinung der jeweiligen Autor/innen dar und nicht die des RatSWD. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat die Publikationen nicht beeinflusst.

Die RatSWD Working Paper Series wird herausgegeben von:

seit 2014 Regina T. Riphahn (Vorsitzende des RatSWD)

2009–2014 Gert G. Wagner

2007–2008 Heike Solga

Eine „Ethik der Politikberatung“ gehört zur Forschungsethik

Gert G. Wagner

Berlin, Dezember 2019

Abstract

Ethical principles for the research process itself and its transfer (science-policy interface) can only be enforced through the self-discipline of the actors involved. For learning this professional discipline teaching and training of young researchers are key elements. Research ethics should be specifically implemented in methodological training, student supervision and graduate schools as well as other doctoral programmes.

Zusammenfassung

Ethische Prinzipien für den Forschungsprozess selbst und dessen Transfer („Verwertung“) sind nur durch Selbstdisziplin der Akteure durchsetzbar – für das Erlernen dieser professionellen Disziplin sind nicht Formulare und Kommissionen, sondern die Lehre und Ausbildung des Nachwuchses zentral. Forschungsethischer Inhalte sollten gezielt in der Methodenausbildung, der Betreuung der Studierenden sowie in der forschungspraktischen Ausbildung der Doktorandinnen und Doktoranden implementiert werden.

Keywords: *Wissenstransfer, Politikberatung, Forschungsethik, Lehre, DoktorandInnenausbildung*

JEL Classification: A11, A14, A23, J44

doi: 10.17620/02671.45

Dieser Beitrag stellt einen bislang weitgehend übersehenen Aspekt der Forschungsethik in den Mittelpunkt: die Ethik des Transfers von Forschungsergebnissen in die Öffentlichkeit und in die Politikberatung durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler („Wissenstransfer“).¹

Der Beitrag zeigt, dass beim Wissenstransfer und der Politikberatung Ethik besonders gefragt ist, da Regulierungen und Vorschriften, die für den Prozess der Datenerhebung zur Sicherstellung ethischer und datenschutzrechtlicher Erfordernisse funktionieren, beim Wissenstransfer und der Politikberatung nicht wirksam sind bzw. extrem enge Vorschriften den Forschungs- und Transferprozess ad absurdum führen würden. Umso mehr ist es notwendig, dass Forscherinnen und Forscher ethische Prinzipien für Wissenstransfer und Politikberatung gelehrt bekommen und „verinnerlichen“ und ernst nehmen, nämlich in Form zurückhaltender und nicht übertriebenen Interpretationen und Empfehlungen. Mit anderen Worten: Die beliebte Behauptung, dass auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in öffentlichen Diskurs nur gehört werden, wenn sie laut zuspitzen, trägt zur Belanglosigkeit von Forschung bei, da zugespitzte Ergebnisse und als Wissenschaft getarnte Werturteile und Forderungen durchaus – zumindest gelegentlich – Fake News sind.

Es sei auch vorab gesagt: Die Berücksichtigung von Forschungsethik beim Wissenstransfer, insbesondere in der Politikberatung, stellt keine Bremse für die Forschung dar (wie viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bezüglich Forschungsethik im allgemeinen glauben), denn wenn durch Ethik und Selbstdisziplin belastbarere Ergebnisse und belastbarer Wissenstransfer erzielt werden als gegenwärtig und auf übertriebene Interpretationen und Empfehlungen verzichtet wird, werden weniger Ergebnisse produziert, die anschließend widerlegt werden (müssen) und die Öffentlichkeit wird weniger durch gewagte Behauptungen und Empfehlungen (Stichwort: fake news) durch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler irritiert (vgl. auch z. B. Zöllner 2019).

Im Folgenden werden zuerst in Abschnitt 1 Dimensionen einer Forschungsethik vorgestellt und diskutiert. In Abschnitt 2 unten werden Elemente einer wirksameren Forschungsethik im Hinblick auf Wissenstransfer und Politikberatung dargestellt und diskutiert. Abschnitt 3 fasst zusammen und betont die zentrale Bedeutung intensiverer Selbstprüfung des Forschungs- und Verwertungsprozesses durch die Forschenden selbst. Eine wirksame Forschungsethik ist nicht durch formale Prozeduren, z. B. dem abhaken von Prüfbausteinen, erreichbar, sondern nur durch die Integration forschungsethischer Prinzipien in den Forschungs- und Transferprozess.

¹ Dieser Beitrag ist eine einerseits leicht gekürzte und andererseits mit neueren Literaturverweisen aktualisierte Version des Beitrags des Autors in der Festschrift für Gustav A. Horn (Zur Forschungsethik gehört auch eine „Ethik der Politikberatung“, in: Sebastian Dullien, Harald Hagemann, Heike Joebges, Camille Logeay und Katja Rietzler (Hg.), Makroökonomie im Dienste der Menschen, Marburg 2019: Metropolis Verlag, S. 115-126).

1 Dimensionen der Forschungsethik

Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) sei beispielhaft für viele mit seiner Definition von Forschungsethik zitiert: „Forschungsethik ist auf Forschungshandeln angewandte Ethik. Die Forschungsethik formuliert Grundprinzipien moralisch angemessenen Handelns für die empirische Forschungspraxis [...]“ (RatSWD 2017, S. 8). Bereits diese Definition macht deutlich: wenn Moral eine Rolle spielt, kann es bei der Umsetzung von Forschungsethik nicht nur um Vorschriften, sondern es muss auch um Selbstdisziplin von Forschenden gehen. Aber nur Selbstdisziplin wird in der Regel auch nicht ausreichen. Deswegen gibt es in der Forschung Ethik-Richtlinien und Ethik-Kommissionen, die die Richtlinien anwenden und helfen sie umzusetzen.

Im vorliegenden Beitrag werden nur zwei von sechs Dimensionen des Forschungs- und Transferprozesses im Hinblick auf forschungsethische Relevanz betrachtet werden. Für vier der Dimensionen sei auf RatSWD (2017) und Wagner (2017) verwiesen:

1. die Gewinnung empirischer Informationen durch Experimente oder Beobachtung,
2. die Analyse theoretischer und empirischer Probleme,
3. die wissenschaftliche Veröffentlichung von Ergebnissen,
4. der Umgang mit KollegInnen und MitarbeiterInnen auf allen Stufen des Forschungs- und Transferprozesses

Zwei Dimensionen werden im Folgenden ausführlich und über den RatSWD hinausgehend diskutiert werden:

1. die Findung von Forschungsfragen und
2. der Wissenstransfer aus dem Wissenschaftssystem hinaus in die „wirkliche Welt“.

1.1 Findung von Forschungsfragen

Forschungs-Fragen können nicht völlig wertfrei betrachtet und entsprechend von Forschenden nur anhand wissenschaftlicher Neugierde (dem treibenden und zu recht grundgesetzlich geschütztem Element von Forschung) ausgewählt werden, denn Forschung kann selbstverständlich (was Forscher gerne vergessen) negative Auswirkungen haben. Der RatSWD (2017, S. 20) führt zum Finden von Forschungsfragen knapp aus:

„Wissenschaftliche Forschung kann neben physischen und psychischen Implikationen auch soziale und ökonomische Risiken sowohl für Teilnehmende und Forschende als auch für bestimmte Gruppen bergen. So können Forschungsergebnisse beispielsweise das Standing einer spezifischen Personengruppe negativ beeinflussen (z. B. Stereotype reproduzieren) oder Wettbewerbsnachteile für Unternehmen nach sich ziehen (z. B. wenn Probleme oder Missstände in einem Unternehmen offenbart werden). In der Praxis ist dieser Aspekt häufig schwer einzuschätzen, denn: Wie

können soziale und ökonomische Risiken überhaupt frühzeitig erkannt werden? Und wodurch sind negative soziale Folgen gekennzeichnet?

Wie eine Definition von Schaden durch Sozial- und Wirtschaftswissenschaften aussehen kann, hängt von der Perspektive ab: So werden beispielsweise forschungsbasierte Reduktionen von Sozialleistungen von der Empfängergruppe als Schaden bewertet, während die Finanziere der Sozialleistung dies als Vorteil empfinden werden. Erhöhungen der Steuern auf hohe Einkommen, die durch Simulationsrechnungen vorbereitet wurden, können von den zu Besteuerenden als „Schaden“ wahrgenommen werden, während diese vom Rest der Gesellschaft als Vorteil gesehen werden können.

Konkrete Schlussfolgerungen werden vom RatSWD (2017) nicht gezogen. Es gibt sie allerdings bereits, und zwar in Form der Diskussion von „Dual Use“ – nämlich unerwünschte Nutzung für militärische oder geheimdienstliche Zwecke – von Forschungsergebnissen in den Natur- und Technikwissenschaften; die Nationale Akademie Leopoldina und die DFG haben dazu inzwischen gemeinsame Empfehlungen vorgelegt (DFG und Leopoldina 2014).

Vom RatSWD wird auf potentielle „Dual Use-Probleme“ nicht näher eingegangen, obwohl gerade in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften seit jeher eine Dual Use-Problematik gegeben ist, nämlich in Form der „Politikberatung“ (vgl. RatSWD 2017, S. 10), also im Bereich Wissenstransfer. Diese Problematik wird freilich bislang weder unter dem Begriff „Dual Use“ noch im Hinblick auf Forschungsethik diskutiert, obwohl Politikberatung spezielle ethische Fragen aufwirft. Darauf wird im folgenden Abschnitt und in Abschnitt 2 dieses Beitrags ausführlich eingegangen werden.

1.2 Wissenstransfer aus dem Wissenschaftssystem hinaus in die „wirkliche Welt“

Eine in der Community der Forschungs-Ethiker offene Frage ist wie mit den Folgen von Forschungsergebnissen auf ethisch verantwortbare Weise umgegangen werden soll. Dieses Problem wird in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften seit langem unter dem Stichwort „Politikberatung“ diskutiert (vgl. Wagner 2010, 2015), ohne expliziten Bezug auf Forschungsethik zu nehmen, obwohl – wie sich im Folgenden zeigen wird – diese wesentlich zu einer besseren *wissenschaftlichen* Politikberatung beitragen kann.

Letztlich ist es nicht die politikberatende Forschung selbst, die ethische Fragen aufwirft, denn Forschung muss frei sein. Vielmehr wirft der mit Politikberatung unvermeidlich einhergehende Kommunikationsprozess („Wissenstransfer“) ethische Fragen auf. Diese beginnen bereits bei den in wissenschaftlichen Artikeln üblichen Schlussabschnitten, in denen aus den eigentlichen Forschungsergebnissen Schlussfolgerungen für Gesellschaft und Politik gezogen werden. Eine zentrale ethische Frage ist, inwieweit spezielle Ergebnisse, die für einen klar abgegrenzten Raum und Zeitraum gewonnen wurden, verallgemeinert werden dürfen? Und weiterhin: wie stark dürfen unter bestimmten Annahmen und für bestimmte Regionen und Zeiträume gewonnene Forschungserkenntnisse so (stark) vereinfacht werden, dass sie eine Chance haben in der Öffentlichkeit und Politik gehört zu werden? (vgl. auch VfS

2015). Als ein Beispiel seien die aktuellen Kontroversen in Deutschland über das Ausmaß und die Entwicklung der ökonomischen Ungleichheit und ihrer Auswirkungen genannt (vgl. zusammenfassend Wagner 2018, S. 56f).

Der erfahrene Wissenschaftsmanager Reinhard Hüttl (2018) benennt ausdrücklich als Problem, dass „die Bedeutung der Resultate ... übertrieben (wird).“ Weiter sagt er:

„Und so kommt es zu einseitigen Selbstdarstellungen und zu Hochglanzbroschüren, wie wir sie auch aus der Wirtschaft und vielen anderen Bereichen kennen. Hier ist eine enorme Entwicklung im Gange. Da gibt es auch Übertreibungen. Damit ist die Glaubwürdigkeit der Wissenschaft gefährdet (...) Je plakativer und katastrophaler bestimmte Probleme dargestellt werden, desto stärker werden sie aufgegriffen und veröffentlicht. Damit verliert jedoch die Wissenschaft.“

In den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften wurden seit den 1990er Jahren vor allem von den Fachgesellschaften Ethikkodizes entwickelt, die sich aber vorwiegend mit Fragen von AutorInnenschaft und Fälschungen beschäftigen. So etwa die Ethikkommission der deutschsprachigen Ökonomen im „Verein für Socialpolitik“ (vgl. VfS 2012) und nicht mit der Erhebung von Daten und Informationen anderer Art. Freilich hält der Verein für Socialpolitik auch ausdrücklich die „Ethik der Politikberatung“ für wichtig; entsprechende „Leitlinien“ sind allerdings nicht als ethische Empfehlungen gelabelt, sondern als Leitlinien und Empfehlungen „für Ex-post-Wirkungsanalysen“ (vgl. VfS 2015).² In Abschnitt 2 wird auf diesen Problembereich näher eingegangen.

2 Die Ethik des Wissenstransfers aus dem Wissenschaftssystem hinaus in die „wirkliche Welt“

In diesem Kapitel werden fünf der oben definierten sechs Dimensionen der Forschungsethik nicht diskutiert. Dazu sei auf den RatSWD (2017, S. 16ff) verwiesen. Der nachfolgende Abschnitt konzentriert sich auf die Ethik des Transferprozesses aus dem Wissenschaftssystem hinaus in die „wirkliche Welt“ in Form von Wissenstransfer und Politikberatung.

2.1 Grundsätze

Öffentlichkeitsarbeit und öffentlicher wie nicht-öffentlicher Wissenstransfer und Politikberatung sollten nicht nur auf Hypothesen und nicht empirisch getesteten Theorien (also einer systematischen Ansammlung von Hypothesen) beruhen, sondern – wenn möglich – auf empirisch bewährten Theorien. Wo das insbesondere in der Politikberatung, die von

² Es ist zu erwarten dass auch eine neu konstituierte Gruppe von empirisch arbeitenden deutschsprachigen Soziologinnen und Soziologen, die sich von nur theoretisierenden und mit nicht-replizierbaren Methoden arbeitenden Sozialwissenschaftlern bewusst abgrenzen (<http://akademie-soziologie.de>), entsprechende Leitlinien im Hinterkopf haben, diese aber noch entwickeln müssen (vgl. Akademie für Soziologie 2017).

„außen“ Probleme bzw. Fragestellungen vorgibt, nicht möglich ist, sollte dies sehr explizit gemacht werden.

Es ist offenkundig, dass die Einhaltung forschungsethischer Prinzipien, die die Publikation gut getesteter und „belastbarer“ Ergebnisse verlangen, nicht zu einer Zensur von Forschung und Wissenstransfer, bis hin zur expliziten Politikberatung führen dürfen. Umso bedeutsamer ist der vom RatSWD empfohlene Weg einer verstärkten und transparenten Selbstreflektion ethischer Fragen des Wissenstransfers und der Politikberatung, also von „Dual Use“ im allgemeinen, durch die Forschenden und die Scientific Community selbst (vgl. auch Wagner 2015, 2010). Freilich geht der RatSWD auf Möglichkeiten und Grenzen nicht im Detail ein. Diese Thematik könnte in der Tat ein Thema für das vom RatSWD empfohlene forschungsethische Forum sein (RatSWD 2017, S. 7 und S. 38ff). Aber bereits jetzt kann man einiges Sinnvolle dazu sagen.

2.2 Was tun?

Das zentrale Problem von Wissenstransfer und Politikberatung sind übertriebene Interpretationen von Forschungsergebnissen. Was kann – jenseits der Ausbildung des Nachwuchses – gegen Übertreibungen, die unmittelbar Unheil anrichten können und auf jeden Fall die Akzeptanz von Wissenschaft in der Öffentlichkeit untergraben, gegen Übertreibungen getan werden?

Die Nationale Akademie Leopoldina (zusammen mit der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften acatech und der Union der deutschen Akademien der Wissenschaft) haben bereits 2014 eine – zu wenig beachtete – Stellungnahme „Zur Gestaltung der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und den Medien“ herausgegeben, die ebenso lesenswert ist wie die 2017 von eben diesen Akademien vorgelegten Analysen und Empfehlungen zu „Social Media und digitaler Wissenschaftskommunikation“ sowie dem Umgang mit den damit verbundenen Chancen und Risiken in einer Demokratie.

In 2014 wurde zum Wissenstransfer – konkret: zur Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und den Medien – empfohlen (Leopoldina et al. 2014b, S. 6):

- Empfehlung 1: Die Kommunikationsstrategien wissenschaftlicher Einrichtungen sollten im Hinblick auf Qualitätsstandards und „wissenschaftlicher Redlichkeit“ überarbeitet werden. Konkret heißt das nicht zuletzt für jede einzelne Wissenschaftlerin und jeden einzelnen Wissenschaftler:
- „Nicht durch Daten bzw. Evidenzen gedeckte Übertreibung von Forschungsergebnissen gegenüber den Medien (Hype) soll als Verstoß gegen gute wissenschaftliche Praxis gelten und entsprechend sanktioniert werden.“ (Empfehlung 3)
- Ein „Qualitätslabel“ für vertrauenswürdige Wissenschaftskommunikation sollte entwickelt werden. (Empfehlung 2)
- Und (Empfehlung 4): „Universitäten und Forschungseinrichtungen müssen ihre internen Leistungsmaße verstärkt so gestalten, dass sie nicht ein den Grundsätzen wahrhaftiger Kommunikation widersprechendes Verhalten nahelegen und belohnen.“

Die Empfehlungen 2017 (Leopoldina et al. 2017, S. 45ff), die die „digitale Wissenschaftskommunikation“ im Fokus haben, ergänzen die allgemeinen Empfehlungen aus 2014 in einem ganz wichtigen allgemeinen Punkt, der sich nicht nur auf die digitale Kommunikation bezieht:

„PR- und Presseabteilungen beziehungsweise Abteilungen zur vermittelnden Wissenschaftskommunikation [müssen] – im Sinn des Transparenzgebotes – von nach Regeln der Werbung handelnden Marketingabteilungen (wieder) klar getrennt sein – vergleichbar der strukturellen Trennung von Redaktion und Anzeigenabteilung in journalistischen Medienhäusern.“ Und ganz konkret: „Bei Universitäten könnten solche primär der Wissenschaftskommunikation im ursprünglichen Sinne und weniger der Reputationskommunikation verpflichteten Stellen nicht der Leitung der Institution, sondern zum Beispiel dem Senat oder vergleichbaren Aufsichtsgremien unterstellt sein“ (Leopoldina et al. 2017, S. 53).

Diesen allgemeinen Forderungen kann man sicherlich zustimmen. Freilich steckt der Teufel im Detail. Denn die Sicherstellung von Qualität und erst recht „Qualitätslabels“ dürfen nicht zu einer Zensur der Wissenschaftskommunikation und der Politikberatung dienen (vgl. Wagner 2015). Deswegen könnte auch Forschung sinnvoll sein, die von wertgebundenen Forschungseinrichtungen betrieben wird, sinnvoll sein (vgl. auch Kapitel 3 unten). Beispielsweise die politischen Stiftungen in Deutschland kämen dafür in Frage. Dadurch würde klar interessengebundene Forschung – die ja nicht grundsätzlich forschungsethisch abzulehnen ist, solange sie klar als solche gekennzeichnet ist – deutlich(er) für die Öffentlichkeit erkennbar (vgl. Wagner 2010).

Die multidisziplinär aufgestellte Leibniz Gemeinschaft (2018) hat ein Leitbild für guten Transfer entwickelt, das lesenswert ist (www.leibniz-gemeinschaft.de).³ Von dem merkwürdigen Titel „Leibniz-Transfer“ sollte man sich nicht verwirren lassen. Das Leitbild ist von allgemeiner Bedeutung für das Wissenschaftssystem.

Was beim Leibniz-Leitbild freilich auffällt ist, dass keine klare Trennung – im Sinne der oben zitierten Ausführungen der Akademien und des Wissenschaftsrates – zwischen Wissenstransfer und Wissenschaftsmarketing vorgenommen wird. Vielmehr heißt es „es kann vielfältige und produktive Überschneidungen, z. B. mit Öffentlichkeitsarbeit ..., aufweisen.“ An anderer Stelle ist das Leibniz-Leitbild allerdings unzweideutig im zurückweisen des Transports von Meinungen im wissenschaftlichen Gewand: „es sollte „klar kommuniziert werden, mit welchen Unsicherheiten Ergebnisse behaftet sind, welche Interpretationen die Datengrundlage zulässt und wo die Grenze zur persönlichen Meinung einer Wissenschaftlerin oder eines Wissenschaftlers liegt. Solche persönlichen Meinungen sollten stets und in allen Transferformaten eindeutig gekennzeichnet werden.“

³ Hier sei offengelegt, dass der Autor dieses Beitrags an dem Leitbild mitgearbeitet hat.

Wie aber kann die Trennung von wissenschaftlichen Ergebnissen, Bewertungen und Werturteilen in der alltäglichen Praxis durchgehalten werden? Eine oberste Zensusbehörde (etwa bei Akademien eingerichtet) und erst recht Zensur durch Institutsleitungen verbieten sich von selbst. Hier sei behauptet: Letztlich ist eine bessere Lehre – für Wissenschaft und Öffentlichkeit – die beste Lösung: dem wissenschaftlichen Nachwuchs sollte gelehrt werden, beim Wissenstransfer und der Politikberatung ihre Ergebnisse und insbesondere ihre praktischen Empfehlungen nicht zu übertreiben (vgl. auch Sager und Wagner 2019, S. 29 und S. 31).

Hüttl (2018) spricht dies klar an:

„Wie für unsere interne Kommunikation im Bereich wissenschaftlicher Publikationen, wo es Qualitätskontrollen durch Peer Review gibt, brauchen wir adäquate Verfahren der Kommunikation nach außen. Hier sehe ich ein enormes Defizit. Es ist notwendig, Verfahren zu entwickeln, die Qualitätssicherung auch in der Außen-Kommunikation garantieren. Wissenschaft ist gerade in der Außendarstellung der unbedingten Redlichkeit verpflichtet. Es muss faktisch eine Art hippokratischer Eid für alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler gelten!“

Nicht zu übertreiben fällt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern naturgemäß schwer, da sie darauf trainiert sind schlauer zu sein als andere. Hinzu kommt, dass große Teile der Öffentlichkeit geradezu erwarten, dass Wissenschaftler übertreiben. Viele Kommentatoren wünschen sich Visionen für die gesellschaftliche Zukunft von Wissenschaftlern. Diese Erwartung ist freilich grundfalsch: denn zu Visionen gehören Werturteile. Dafür sind Wissenschaftler freilich weder zuständig noch besonders kompetent.⁴

Dass sich die Kultur der Übertreibung ändern könnte – was durch entsprechende Ausbildung unterstützt werden kann (vgl. auch Fecher et al 2016) – zeigen etliche Beispiele. So etwa eine Gruppe von Psychologen, die dafür wirbt, dass Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich – ohne Druck von außen – selbst für ungeschickte Methoden oder übertriebene Interpretationen in speziellen Publikationen kritisieren und somit anderen helfen Fehler zu vermeiden und nicht versuchen unhaltbare Ergebnisse zu replizieren (Rohrer et al. 2018).

Der späteren Öffentlichkeit sollte bereits in der Schule gelehrt werden was belastbare wissenschaftliche Ergebnisse ausmacht und was man besser nicht glauben sollte. Dazu gehört vor allem „Statistical Literacy“, die bei so einfachen Dingen anfängt wie der Unterscheidung zwischen Prozenten und Prozentpunkten (vgl. auch Sokolovska et al. 2019, S. 12f).

⁴ Die Kritik von Zinkant (2029) an der politischen Forderung nach mehr Wissenschaftskommunikation ist nicht von der Hand zu weisen. Das 2019 vom BMBF herausgegebene „Grundsatzpapier“ zur Wissenschaftskommunikation stellt einen Anreiz für Übertreibungen dar (BMBF 2019). Freilich soll im Rahmen der BMBF-Förderung der Wissenschaftskommunikation diese selbst auch beforscht werden, sodass von diesem Programm positive Effekte ausgehen sollten.

3 Ausblick

Die wichtigste Erkenntnis der Empfehlungen des RatSWD (2017) zur Forschungsethik kann nach den Überlegungen im vorliegenden Papier, das sich mit mehr Dimensionen einer Forschungsethik beschäftigt hat als dies der RatSWD unternahm, nur unterstrichen werden: Ethische Prinzipien für den Forschungsprozess selbst und dessen Transfer („Verwertung“) sind nur durch Selbstdisziplin der Akteure durchsetzbar – für das Erlernen dieser professionellen Disziplin sind nicht Formulare und Kommissionen, sondern die Lehre und Ausbildung des Nachwuchses zentral. Deswegen ist das vom RatSWD vorgeschlagene Forum für forschungsethische Fragen mindestens so wichtig wie operativ tätige Kommissionen. Denn im Forum können nicht nur ganz neue Fragen diskutiert werden, sondern auch konkrete Prinzipien, die von Fachgesellschaften – wie der Akademie für Soziologie ([www.http://akademie-soziologie.de](http://akademie-soziologie.de)) oder dem Verein für Socialpolitik (www.socialpolitik.de) – umgesetzt werden sollten. Im Forum können zum Beispiel auch Curricula für die forschungsethische Aus- und Weiterbildung diskutiert und empfohlen werden.

Unterstrichen soll hier die Empfehlung des RatSWD (2017, S. 6 und S. 24f) werden forschungsethische Inhalte gezielt in der Methodenausbildung, der Betreuung der Studierenden sowie in der forschungspraktischen Ausbildung der Doktorandinnen und Doktoranden zu implementieren (vgl. auch Sager und Wagner 2019).

Literatur

- Akademie für Soziologie (2017), Grundsätze empirisch-analytischer Soziologie, Mannheim: <http://akademie-soziologie.de/organisation/herausforderungen-gesellschaftlicher-entwicklung>.
- Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) (2008), Leitlinien Politikberatung, Berlin.
- Buch, C. M. et al. (2019), Verstehen – Entwickeln – Testen – Verbessern: Rahmenbedingungen für evidenzbasierte Politik, in: Wirtschaftsdienst, Heft 2, S. 106-112.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung [BMBF] (2019), Grundsatzpapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Wissenschaftskommunikation, Berlin: https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/Grundsatzpapier_zur_Wissenschaftskommunikation.pdf.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina et al. (2014a), Von der Idee zur Stellungnahme. Leitfaden der Politik- und Gesellschaftsberatung der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina, Halle.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina et al. (2014b), Zur Gestaltung der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Öffentlichkeit und den Medien – Empfehlungen vor dem Hintergrund aktueller Entwicklungen, Halle.
- Deutsche Akademie der Technikwissenschaften (acatech) et al. (2010), Leitlinien für die Politik- und Gesellschaftsberatung, München.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina (2014), Wissenschaftsfreiheit und Wissenschaftsverantwortung – Empfehlungen zum Umgang mit sicherheitsrelevanter Forschung, Bonn und Halle: https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/2014_06_DFG_Leopoldina_Wissenschaftsfreiheit_-verantwortung_D.pdf.
- Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina et al. (2017): Social Media und digitale Wissenschaftskommunikation (2017) – Analyse und Empfehlungen zum Umgang mit Chancen und Risiken in der Demokratie, Halle 2017
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) (2010), Regeln zum Umgang mit Interessenkonflikten bei der Beratungstätigkeit der Senatskommissionen der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn.
- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) (o. J.), Erkenntnistransfer, auf: http://www.dfg.de/foerderung/grundlagen_rahmenbedingungen/erkenntnistransfer/ und http://www.dfg.de/dfg_magazin/aus_der_wissenschaft/archiv/1409_erkenntnistransfer/index.html (3. April 2017), Bonn.
- Fecher, Benedikt, Mathis Fräßdorf und Gert G. Wagner (2016), Perceptions and Practices of Replication by Social and Behavioral Scientists: Making Replications a Mandatory Element of Curricula Would Be Useful, IZA Discussion Paper No. 9896, Bonn.
- Hüttl, Reinhard F. (2018), „Es geht um die Demokratie“ (Gespräch mit Heidi Blattmann), auf: <https://www.acatech.de/es-geht-um-die-demokratie/>.
- Leibniz Gemeinschaft (2018), Leitbild Leibniz-Transfer, Berlin 2018.
- RatSWD (Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten) (2017), Forschungsethische Grundsätze und Prüfverfahren in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, RatSWD Output 9, Berlin: https://www.ratswd.de/dl/RatSWD_Output9_Forschungsethik.pdf.

- Roher, Julia M. et al. (2018): Putting the Self in Self-Correction, Berlin u. a., auf: <https://psyarxiv.com/exmb2>.
- Sager, Krista und Gert G. Wagner (2019), Wissenschaft unter Druck: Vertrauensverlust oder Zeichen gewachsener gesellschaftlicher Relevanz?, in: W. Hinsch und D. Eggers (Hg.), Öffentliche Vernunft, Berlin und Boston 2019, S. 21-34.
- Sokolovska, Nataliia, Benedikt Fecher und Gert G. Wagner (2019), Communication on the Science-Policy-Interface: An Overview of Conceptual Models, in: Publications, Vol. 7, No. 64, 2019, doi:10.3390/publications7040064 .
- Verein für Socialpolitik VfS (2012), Ethikkodex des Vereins für Socialpolitik – Fassung vom 21. Juli 2012, Frankfurt am Main.
- Verein für Socialpolitik (VfS) (2015): Leitlinien und Empfehlungen des Vereins für Socialpolitik für Ex-post-Wirkungsanalysen. Frankfurt am Main: https://www.socialpolitik.de/docs/VfS-Leitlinien_Ex_post-Wirkungsanalysen.pdf.
- Wagner, Gert G. (2010), Quality Control for the “Leading Institutes” of Economic Research in Germany: Promoting Quality Within and Competition Between the Institutes, in: P. Weingart und J. Lentsch (Hg.), Between Science and Politics: Quality Control and Scientific Policy Advice, Cambridge.
- Wagner, Gert. G. (2015), Welche Rolle kann wissenschaftliche Evidenz in der (wissenschaftlichen) Politikberatung sinnvollerweise spielen?, in: P. Weingart und G. G. Wagner (Hg.), Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest, Weilerswist 2015, S. 189-216.
- Wagner, Gert G. (2017), Ethische Prinzipien beim Forschungsprozess und dessen Verwertung sind nur durch Selbstdisziplin der Akteure durchsetzbar, in: Forschung, Heft 3+4, S. 83-90.
- Wagner, Gert G. (2018), Kostet weniger Ungleichheit Wachstum?, in: Christoph Oslislo und Rebekka Rehm (Hg.), Ungleichheit und Umverteilung – Sammelband zur Ringvorlesung im Wintersemester 2017/2018 an der Universität zu Köln, Köln: mimeo.
- Weingart, Peter und Gert G. Wagner (Hg.) (2015), Wissenschaftliche Politikberatung im Praxistest, Weilerswist.
- Wissenschaftsrat (2016), Wissens- und Technologietransfer als Gegenstand institutioneller Strategien: Positionspapier (Drs. 5665-16), Bonn: <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/5665-16.pdf> .
- Zinkant, Kathrin (2019), Zu viel Blabla, in: Süddeutsche Zeitung, Nr. 265, 16. November 2019, S. 37.
- Zöllner, Jürgen (2019), Wie die Wissenschaft sich selbst schadet, in: Der Tagesspiegel, 13. Januar 2019: <https://www.tagesspiegel.de/wissen/vertrauensverlust-wie-die-wissenschaft-sich-selbst-schadet/23836930.html>.